Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Arbeit, Wissen, Humor", außerdem „Volk und Reich" monatlich 1.95 M., zuzüglich 45 Pf. Bestellgeld. Postbezug 1.95 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12761. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 25 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt, für Briefnieder. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 168 | Dresden, Mittwoch, den 22. Juli 1931 | 42. Jahrgang

Der zweite Hoover-Plan

Wiederherstellung des Vertrauens zur Mark – Dann Kreditbewilligung

S. London, 22. Juli. (Eig. Funk.)

Die amerikanischen Delegierten auf der Konferenz betrachten die gegenwärtige Notlage Deutschlands in erster Linie als eine Krise kurzfristiger Kredite. Es liege kein Grund vor, die Sicherheit der Grundlage, auf der die bisherigen kurzfristigen Kredite ruhen, zu bezweifeln. Immerhin habe die in den letzten Wochen herrschende allgemeine Unsicherheit einen solchen Verlust an Vertrauen mit sich gebracht, daß Deutschlands Bank- und Kreditwesen einer sehr schweren Belastung ausgesetzt gewesen sei. Diese Belastung habe zwei ganz bestimmte Formen angenommen. Erstens sei die Folge ein Abfluß der Bankmittel und eine Verminderung des Geld- und Devisenbestandes gewesen sei.

Erstens habe es in Deutschland eine Flucht aus der Mark gegeben, zweitens seien ausländische Depositen abgezogen und die Kredite ausländischer Banken beschnitten worden.

Diese Bewegungen seien durch nichts zu rechtfertigen. Infolgedessen sei es durchaus möglich, daß die gegenwärtige Notlage Deutschlands sofort und endgültig überwunden werden könne.

Die Hauptmaßnahmen gegen die innere Flucht aus der Mark seien von der Reichsregierung bereits entschieden getroffen worden. Wenn die unberechtigte Besorgnis des deutschen Volkes überwunden sei, so könne sein Patriotismus vielleicht dazu gebracht werden, die Zerstörung des Kredits des eigenen Landes zu verhindern. Was die ausländischen Kredite anbetreffe, so sei eine Verlängerung der kurzfristigen Kredite auf eine angemessene Zeit erwünscht und zu ermöglichen. Anderseits dürfte jedoch klar sein, daß, solange für die Aufrechterhaltung der Kredite keine Maßnahmen getroffen werden, ein Versuch, neue kurzfristige oder langfristige Kredite zu beschaffen, unwirksam sein würde. Angesichts dieser Situation sei es nur angebracht, wenn die Gläubiger ihren Bankiers empfehlen würden,

die laufenden Kredite für Deutschland für einen angemessenen Zeitraum aufrechtzuerhalten.

Die Verantwortung für die Ausarbeitung der Einzelheiten eines derartigen Programms und der Methoden müsse den Bankgemeinschaften der betreffenden Länder überlassen werden. Die Zentralbanken könnten dabei die Führerschaft übernehmen. Ihre freiwilligen Abmachungen sollten eine strenge Kontrolle aller Devisentransaktionen durch die Reichsbank finden. Würde ein derartiges System schnell zur Ausführung gebracht, so würde eine unmittelbare Wiederherstellung des Vertrauens die Folge sein und bald wieder normale Verhältnisse in Deutschland ermöglichen. Um es schnellstens zu ermöglichen, sollte von der Internationalen Zahlungsbank in Zürich eine Kommission ernannt werden, die ein Zusammenwirken in folgenden Punkten gewährleistet:

1. **Vorsorge im Einvernehmen mit den Banken in verschiedenen Ländern für die Wiedererneuerung des gegenwärtigen Bestandes der in Deutschland investierten kurzfristigen Kredite.**
2. **Die unmittelbaren weiteren Kreditbedürfnisse Deutschlands zu untersuchen und**
3. **die Pläne für eine teilweise Umwandlung der kurzfristigen in langfristige Kredite während der nächsten sechs oder acht Monate auszuarbeiten.**

Dieser zweite Hoover-Plan, so wird in Washington amtlich erklärt, bestehe einfach darin, daß die Bankiers und die Bankhäuser in allen Ländern ein Uebereinkommen treffen, wonach der gegenwärtige Kreditumfang in jedem Lande aufrechterhalten wird, und die deutsche Regierung durch die Reichsbank oder auf eine andere Weise eine strikte und vollständige Kontrolle über den Devisenmarkt ausübt, so daß kein Abfluß erfolgt und die Aufrechterhaltung des gesamten Kreditbetrages erreicht wird.

Wege zur Wirtschaftsführung

Von Fritz Naphtali

Der Augenblick, in dem der Schleier zerrissen ist, hinter dem sich wirtschaftliche Fehlleitungen in großem Stile und eine Häufung von verantwortungsloser Mißwirtschaft verborgen hatten, darf nicht nur zu einer „Sozialisierung der Pleiten" führen, bei der das Reich helfend den kapitalistischen Risikoträgern beispringt, sondern er muß dazu benutzt werden, um die seit langem notwendigen, aber auf Grund der Widerstände der Interessenten immer wieder verschleppten Reformen durchzuführen.

Nicht das gesamte Programm der wirtschaftlichen Umgestaltung soll in diesem Augenblick neu entrollt werden, sondern wir wollen uns begnügen, in diesem Augenblick drei Forderungen in den Vordergrund zu rücken, für deren sofortige Erfüllung auch unter Benutzung des Mittels der Notverordnung uns die Verhältnisse reif, ja überreif zu sein scheinen.

1. Die Reform des Aktienrechts

Jahrelang hat man unter der Hemmung der Interessenten gezögert, Mißstände im deutschen Aktienwesen zu beseitigen, und infolgedessen hat man immer neue Mißwirtschaft sich entfalten lassen und neue Vertrauenserschütterung erzeugt. Vom Favagkrach bis zur Nordwolle ist ein langer Weg, der mit Leichen gepflastert ist. Es kommt jetzt nicht darauf an, jede Einzelheit der vorgeschlagenen Aenderungen eines Ministerialentwurfs zur Aktienrechtsreform zu verwirklichen oder zu diskutieren. Aber es gibt einige Punkte, in denen unverzüglich die Reform in Kraft gesetzt werden muß.

Die Verschärfung der Verantwortlichkeiten und der Regreßpflichten von Vorstand und Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften ist dringend notwendig, um das Gewissen zu schärfen, um zu verhindern, daß die Verantwortlichen, wie es so oft geschieht, mit einem blauen Auge davonkommen, während breite Massen der Bevölkerung die Kosten ihrer Mißwirtschaft zu tragen haben.

Die Einführung der Pflichtrevisionen nach dem Vorschlag des Reichsjustizministeriums muß unverzüglich durchgeführt werden, damit endlich die Veröffentlichungen der Verwaltungen der Aktiengesellschaften das Vertrauen genießen können, um das sie durch Bilanzschwindel und -verschleierung in legalen und illegalen Formen in hohem Maße gebracht worden sind.

Die Publizitätsvorschriften bei den Aktiengesellschaften, deren Unzulänglichkeit bekannt ist, müssen sofort verschärft werden. Die Vorschläge des Reichsjustizministeriums, die manchen Fortschritt enthalten, können dabei zur Grundlage genommen werden. Sie sind aber zu ergänzen.

Torpedo nach London

Die neueste Anmaßung der „Nationalen Opposition"

Die „Nationale Opposition", vertreten durch die Führer der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten, des Landbundes, des Stahlhelms und der vaterländischen Verbände, übt sich wieder einmal in dem, was sie frivolerweise die Rückenstärkung für die Regierung nennt. Sie hat am Dienstag an den Reichskanzler nach London telegraphiert und ihm Weisungen für sein Verhalten auf der Konferenz gegeben. Diese Weisungen laufen darauf hinaus, daß er weitere Reparationszahlungen ablehnen und sich unter keinen Umständen unter ein Diktat Frankreichs beugen soll. Aus Berlin wird uns zu diesem Streich geschrieben:

Die „Nationale Opposition" scheint sich über den wirklichen Stand der Dinge nicht ganz im klaren zu sein. Soweit von ihrer Sprechweise — von einem Diktat Frankreichs überhaupt die Rede sein kann, so würde ein solches doch nur für eine langfristige Anleihe in Betracht kommen. In Wirklichkeit aber erörtert man andere Dinge, nämlich den kurzfristigen Kredit für die Reichsbank und die Stellung von Sicherheiten gegen die weitere Zurückziehung dieser Kredite. Erst zu einem späteren Zeitpunkt wird die Frage nach den deutschen Garantien für langfristiges Geld wieder auf die Tagesordnung kommen, und im übrigen dürfte es den Herren Hugenberg, Hitler usw. bekannt sein, daß nicht nur Frankreich, sondern auch England und Amerika von der Notwendigkeit derartiger Garantien sprechen, wenn die Angelsachsen unter ihnen auch etwas anderes verstehen mögen als die Franzosen.

Gerade das bramarbasierende Auftreten unserer „Nationalen Opposition" hat dazu beigetragen, daß Frankreich, England und Amerika an diesen Garantien festhalten! Und in dieser Situation telegraphisch ein Ultimatum nach London zu richten, ist dumm, ist Landesverrat!

Aber derartige Bedenken brauchen die Nationalsozialisten und ihre Gefolgsleute nicht zu hegen. Sie haben ja von niemals die Folgen, die ihre Schritte für das deutsche Volk nach sich ziehen können, in Rechnung gestellt. Ihnen ist nur an der Geste gelegen und an der agitatorischen Wirkung auf die, die nicht alle werden.

So ist ja auch ihre Drohung zu erklären, daß für die gesamte „Nationale Opposition" etwa einzugehende neue Bindungen nicht rechtsverbindlich sein würden. Es gibt für den Schlußsatz ihres Telegramms nur zwei Auslegungsmöglichkeiten: entweder sie wollen sagen, daß sie, wenn sie zur Regierung gelangen sollten, von dem Kabinett Brüning übernommene Verpflichtungen nicht erfüllen würden, oder aber sie kündigen den offenen Widerstand gegen den Staat und seine Gesetze an. Im ersten Fall brauchte man sie nur daran zu erinnern, daß die Nationalsozialisten in dem Augenblick, in dem sie nach den Wahlen von 1930 der Macht nahe zu sein glaubten, das Ausland mit Eifer ihrer Erfüllungsbereitschaft versicherten, in dem anderen Fall aber würde die Drohung aufhören, eine Lächerlichkeit zu sein. Sie wäre ein Verbrechen, das die Nationale Opposition, wenn andre es begingen, als Hochverrat brandmarken würde.

Es entsteht wiederum die Frage, wie lange die Reichsregierung noch gewillt ist, derartige Anmaßungen, wie sie sich die Verderber Deutschlands immer wieder und in jeder Situation glauben leisten zu können, unbeantwortet und ohne Gegenmaßnahme hinnehmen will.

Liegt in derartigen Anmaßungen nicht ebenfalls eine Störung der öffentlichen Ordnung, nicht ebenfalls eine Verächtlichmachung der Reichsregierung, von der unter allen Umständen der Eindruck erweckt werden soll, als ob sie weniger national sei als die Maulhelden der „Nationale Opposition", als diese Verderber Deutschlands? Ist diese Störung, diese Verächtlichmachung nicht um so drastischer, als sie mit von einem Manne ausgehen, der in Deutschland nur Heimatrecht genießt? Als der deutsche Putschmajor Pabst im vergangenen Jahre den Versuch machte, sich in die Innenpolitik Deutschösterreichs einzumischen, wurde er von einer rechtsstehenden österreichischen Regierung von heute auf morgen des Landes verwiesen. Und Hitler? In keinem Lande der Welt würde man eine derartige Gestalt, nach einem Telegramm, wie es am Dienstag mit seiner Unterschrift nach London ging, auch nur noch einen Tag länger dulden.

*

Pimperl Wichtig

Auch die Industrie- und Handelskammer Dresden kann sich nicht beherrschen; sie hat in ihrer Sitzung vom 21. Juli eine Entschließung gefaßt, in der sie die Reichsregierung auffordert, in ihren Verhandlungen „unbeugsam fest zu bleiben". Die Entschließung wurde telegraphisch an die Reichsregierung weitergegeben. Wichtigkeit! Hoffentlich bleiben die Kapitalisten dieser Dresdner Kammer auch unbeugsam fest, wenn die Anleiheverhandlungen etwa scheitern sollten und es darauf ankommt, die entsprechenden Steuern zu zahlen. Oder werden dann dieselben Kapitalisten nach Berlin telegraphieren und sich über halbsozialistische Eingriffe beschweren?

*

Hugenbergs Fraktion trumpft auf – und der Konzern pumpt an!

D. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat am Dienstag in Berlin zur wirtschaftlichen und politischen Lage zwei Resolutionen angenommen. Die eine fordert Ueberwindung der Krise „aus eigener Kraft", also das Gegenteil von dem, was der Hugenberg-Konzern in seinem Elend getan hat, indem er die Danat-Bank und deren jüdischen Chef Goldschmidt um 23 Millionen Mark anpumpte, die bisher natürlich nicht zurückgezahlt sind und wer weiß wann jemals zurückgezahlt werden. Herr Hugenberg hat in dieser Hinsicht bekanntlich große Erfahrungen.

Die deutschnationale Fraktion nahm ferner noch eine Entschließung gegen die neueste Pressenotverordnung des Reichspräsidenten an. Sie ist ein Musterbeispiel für die „sachliche Kampfesweise" der deutschnationalen Herrschaften, nämlich so, daß ihre Veröffentlichung unter die betreffende Notverordnung fallen würde.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310722/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG